

September

2023

# SOVD *Magazin*

*Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland*



**Eigenanteil steigt ungebremst**

**Bündnis um den SoVD für Pflegevollversicherung**

## Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein.



Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer der zahlreichen Ortsverbände befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit ca. 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

## Eigenanteil steigt ungebremst

Wer im Pflegeheim wohnt, muss dafür immer mehr bezahlen. Ein Bündnis um den SoVD untermauert daher die Forderung nach einer Pflegevollversicherung.

Seite 12–17



## Mehr Bürgergeld ab 2024

Der SoVD begrüßt, dass es im nächsten Jahr angesichts der immensen Preissteigerungen auch eine Anhebung der Regelsätze geben soll.

Seite 24–27



## Fußball ohne Grenzen

Team Bananenflanke: Auch Kinder und Jugendliche mit einer geistigen Behinderung wollen Fußball spielen.

Seite 46–49

Foto Titel: Peter Atkins / Adobe Stock



## Kindergrundsicherung

Nach monatelangem Streit einigt sich die Koalition – das Ergebnis ist aus Sicht des SoVD jedoch eher enttäuschend.

Seite 4–11



## Vielfalt am „tag des wir“

Die dritte Ausgabe des SoVD-Aktionstages war erneut ein Beispiel für Gemeinschaft und Inklusion.

Seite 28–33



Monatelangen Streit beendet – konkrete Ausgestaltung bleibt hinter Erwartungen zurück

## Einigung bei Kindergrundsicherung

Viele Monate hatte die Ampelkoalition über die Kindergrundsicherung gestritten. Kurz vor der Kabinettsklausur Ende August erzielte sie dann doch eine Einigung. Der SoVD begrüßt das Ende des öffentlich ausgetragenen Konfliktes, ist jedoch vom Ergebnis der Debatte enttäuscht: „Die geplanten 2,4 Milliarden Euro für 2025 reichen bei Weitem nicht. Das kann nur der Grundstein für eine Kindergrundsicherung von morgen sein!“, kommentiert SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier.



Foto: Tomsickova / Adobe Stock

Armut bedeutet nicht allein wenig Einkommen, sondern außerdem eine nur geringe wirtschaftliche, soziale, und politische Teilhabe.



Foto: Tomsickova / Adobe Stock

Um mehr Kinder aus der Armut zu holen, soll die Kindergrundsicherung bisherige Zahlungen wie das Kindergeld, Leistungen aus dem Bürgergeld für Kinder oder den Kinderzuschlag künftig bündeln. Mit dem sogenannten Kindergrundsicherungs-Check will man zudem Familien erreichen, die wegen Unkenntnis oder bürokratischer Hürden ihnen zustehende Gelder nicht abrufen.

Über das im Koalitionsvertrag vereinbarte Vorhaben hatte sich allerdings ein Dauerstreit zur Finanzierung entwickelt. Dabei ging es nicht allein um die Mittel für die Kindergrundsicherung, sondern auch um die Frage, ob der Staat darüber hinaus Geld für Leistungserhöhungen bereitstellen sollte.

Während Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) zunächst zwölf Milliarden Euro pro Jahr für die Gesamtfinanzierung veranschlagte und später von sieben Milliarden Euro sprach, wollte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) nur zwei Milliarden Euro bereitstellen. Lindner äußerte zuletzt auch generelle Zweifel: Von Kinderarmut seien vor allem Familien betroffen, die nach

2015 nach Deutschland eingewandert sind, so der Finanzminister. „Hilft man ihnen am besten dadurch, dass man den Eltern mehr Geld aufs Konto überweist?“, fragte Lindner am „Tag der offenen Tür der Bundesregierung“ wörtlich. Für die Äußerung erntete er viel Kritik. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW), sagte hierzu in einem Interview: „Keiner würde bezweifeln, dass eine Integration in den Arbeitsmarkt die beste Methode ist, dass Eltern gut verdienen, damit ihre Kinder nicht in Armut leben.“ Dies sei ein längerer Prozess, betonte Fratzscher. Von Armut betroffene Kinder bräuchten aber jetzt Lösungen, nicht erst in einigen Jahren.

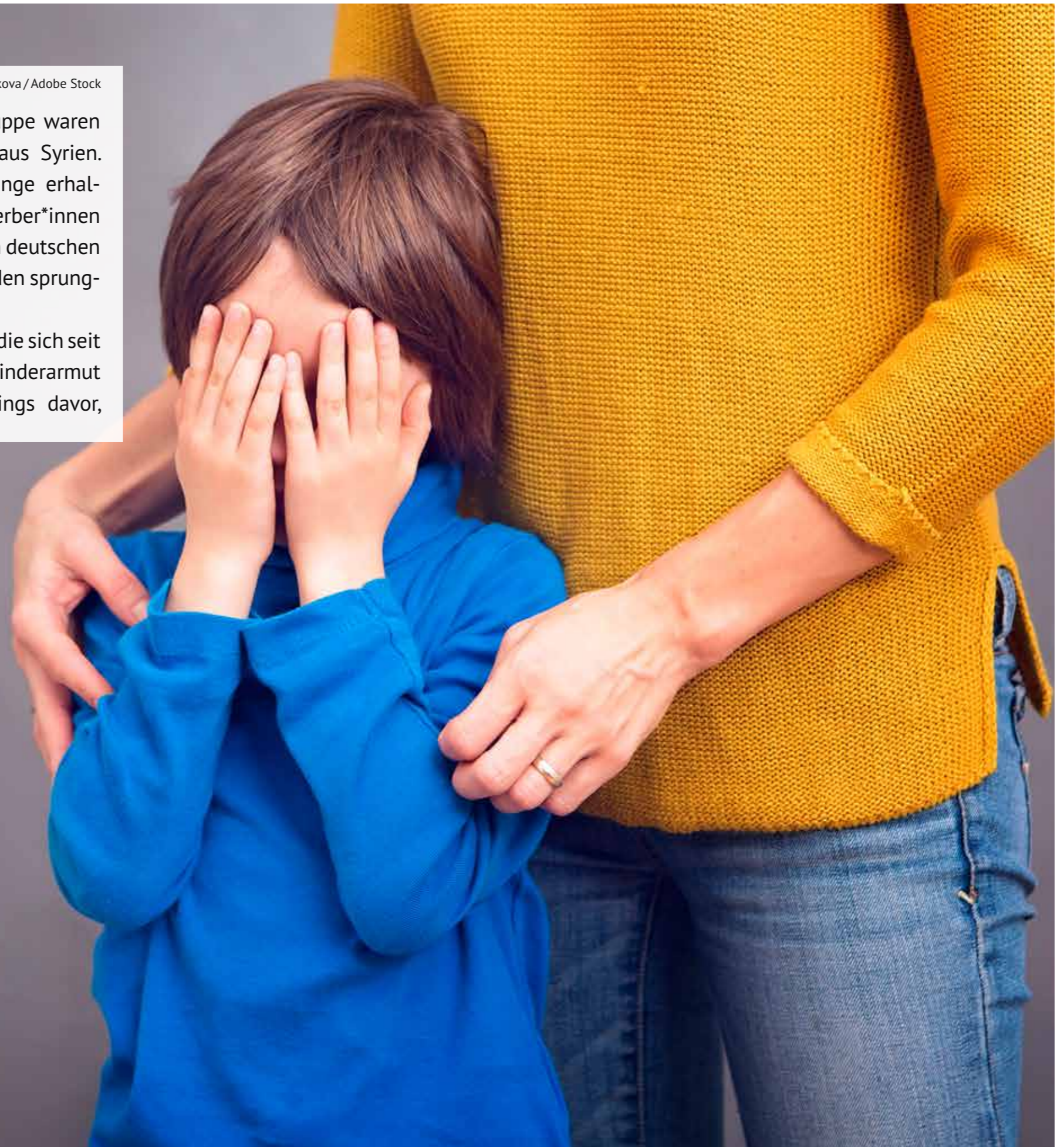
Erst eine Woche zuvor hatte das DIW gemeinsam mit der Diakonie Deutschland eine Studie zu den Folgen von Kinderarmut vorgestellt. Demnach haben armutsbetroffene Kinder unter anderem ein höheres Risiko, gesundheitliche Probleme zu bekommen, als Kinder aus ökonomisch bessergestellten Familien.

Auch SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier bezog deutlich Position zu den Einwüfen des Finanzministers kurz vor dem Einigungstermin: „Um Kinderarmut zu verhindern, brauchen wir zwei Hebel: Es muss mehr Geld in armutsbetroffenen Familien ankommen. Das muss möglichst schnell geschehen. Und natürlich muss man auch langfristig investieren: in die Infrastruktur, zum Beispiel in Kitas und Schulen.“ Es sei nicht gut, „die beiden Teile gegeneinander abzuwägen oder gar auszuspielen“. Mit ihrem Statement wurde Engelmeier unter anderem in der Bild-Zeitung zitiert.

Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen tatsächlich einen Anstieg der Zahl ausländischer Kinder, die Hartz IV beziehungsweise heute Bürgergeld erhalten. Während es im Dezember 2010 noch etwa 305.000 Kinder waren, waren es zwölf Jahre später, im Dezember 2022, bereits rund 884.000. Nach Angaben der BA erhielten im März 2023 als größte Gruppe rund 275.500 ukrainische Kinder und Jugendliche Bürger-

Foto: Tomsickova / Adobe Stock

geld. Die zweitgrößte Gruppe waren Kinder und Jugendliche aus Syrien. Ukrainische Kriegsflüchtlinge erhalten – anders als Asylbewerber\*innen – unmittelbar Zugang zum deutschen Sozialsystem. Das erklärt den sprunghaften Anstieg. Die Bertelsmann Stiftung, die sich seit Langem mit dem Thema Kinderarmut beschäftigt, warnt allerdings davor,



den statistischen Zusammenhang undifferenziert herzustellen. Auch vor 2015 habe es bereits einen Anstieg der Armut unter Kindern gegeben.

Im Januar hatte die Stiftung eine umfangreiche Studie zum Thema vorgelegt. Hier kommen die Wissenschaftler\*innen zu dem Ergebnis, dass Kinderarmut in Deutschland seit Jahrzehnten vor allem ein strukturelles Problem, das nicht in erster Linie mit Zuwanderung zu tun hat.

Von Kinderarmut betroffen sind demnach oft Alleinerziehende und Familien mit drei oder mehr Kindern. Vollzeitjobs, die eine Familie ernähren, seien aber kaum möglich, wenn immer noch 400.000 Kita-Plätze in Deutschland fehlten, so die Ergebnisse. Der SoVD vertritt die gleiche Auffassung und hat die im Zuge der Kindergrundsicherung geplanten Verbesserungen deshalb frühzeitig als wichtigen Schritt im Kampf gegen Kinderarmut und für mehr Chancengerechtigkeit unterstützt.

Positiv ist aus Verbandssicht die nun bei der Einigung in letzter Mi-



Foto: Tomsickova / Adobe Stock

nute erzielte Entbürokratisierung zu bewerten. Auch dass Alleinerziehende – laut vorläufigem Referentenentwurf – künftig etwas besser gestellt werden sollen, ist ein erster, kleiner Fortschritt.

Der SoVD bemängelt jedoch, dass für Normalverdiener\*innen oder armutsbetroffene Familien nahezu keinerlei Fortentwicklung vorgesehen ist. Menschen knapp über der Grundsicherungsschwelle erhielten weiterhin nur 250 Euro, das heutige Kindergeld. Dass es keine grundsätzliche Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums und keine generellen Leistungserhöhungen geben soll, heißt deshalb aus Sicht des SoVD nichts anderes als: Armutsbetroffene Familien bleiben arm.

„Dieser Kompromiss ist noch keine echte Antwort auf die strukturelle Problematik von Kinder- und Familienarmut in Deutschland“, resümiert Michaela Engelmeier. „Der Gesetzgeber ist gefordert, weitere Schritte festzulegen, wie langfristig eine wirklich armutsfeste Kindergrundsicherung gelingen kann.“

**Bündnis fordert angesichts ausufernder Kosten eine Pflegevollversicherung**

## **Eigenanteil steigt ungebremst**

Bewohner\*innen eines Pflegeheimes müssen im ersten Jahr durchschnittlich rund 2.700 Euro pro Monat selbst aufbringen. Rund die Hälfte dieses Betrages entfällt dabei auf die pflegerische Versorgung. Von dem Versprechen der Bundesregierung, die Eigenanteile wirksam zu senken, blieb letztlich nur eine Minimal-Reform. Jetzt verweigert die Politik der sozialen Pflegeversicherung sogar jegliche Steuerzuschüsse. Angesichts zunehmender Belastungen für Pflegebedürftige und Beitragszahlende bekräftigte ein Bündnis um den SoVD nun seine Forderung nach einer solidarischen Pflegeversicherung.

Foto: Peter Atkins / Adobe Stock

Obwohl die Eigenanteile von Jahr zu Jahr steigen, lässt die Politik Pflegebedürftige wie auch Beitragszahlende im Stich.

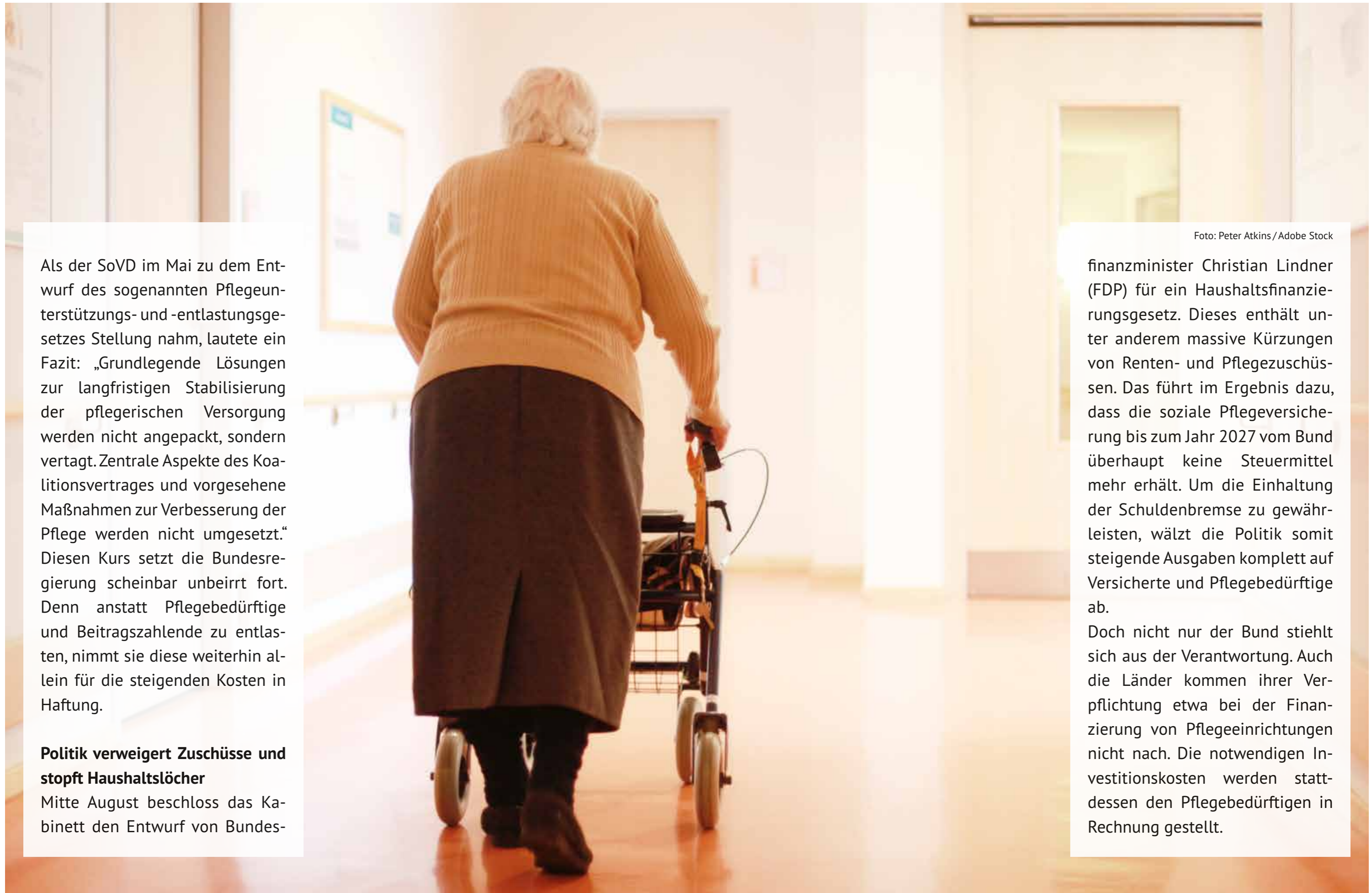


Foto: Peter Atkins / Adobe Stock

Als der SoVD im Mai zu dem Entwurf des sogenannten Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes Stellung nahm, lautete ein Fazit: „Grundlegende Lösungen zur langfristigen Stabilisierung der pflegerischen Versorgung werden nicht angepackt, sondern vertagt. Zentrale Aspekte des Koalitionsvertrages und vorgesehene Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege werden nicht umgesetzt.“ Diesen Kurs setzt die Bundesregierung scheinbar unbeirrt fort. Denn anstatt Pflegebedürftige und Beitragszahlende zu entlasten, nimmt sie diese weiterhin allein für die steigenden Kosten in Haftung.

#### **Politik verweigert Zuschüsse und stopft Haushaltslöcher**

Mitte August beschloss das Kabinett den Entwurf von Bundes-

finanzminister Christian Lindner (FDP) für ein Haushaltsfinanzierungsgesetz. Dieses enthält unter anderem massive Kürzungen von Renten- und Pflegezuschüssen. Das führt im Ergebnis dazu, dass die soziale Pflegeversicherung bis zum Jahr 2027 vom Bund überhaupt keine Steuermittel mehr erhält. Um die Einhaltung der Schuldenbremse zu gewährleisten, wälzt die Politik somit steigende Ausgaben komplett auf Versicherte und Pflegebedürftige ab.

Doch nicht nur der Bund stiehlt sich aus der Verantwortung. Auch die Länder kommen ihrer Verpflichtung etwa bei der Finanzierung von Pflegeeinrichtungen nicht nach. Die notwendigen Investitionskosten werden stattdessen den Pflegebedürftigen in Rechnung gestellt.



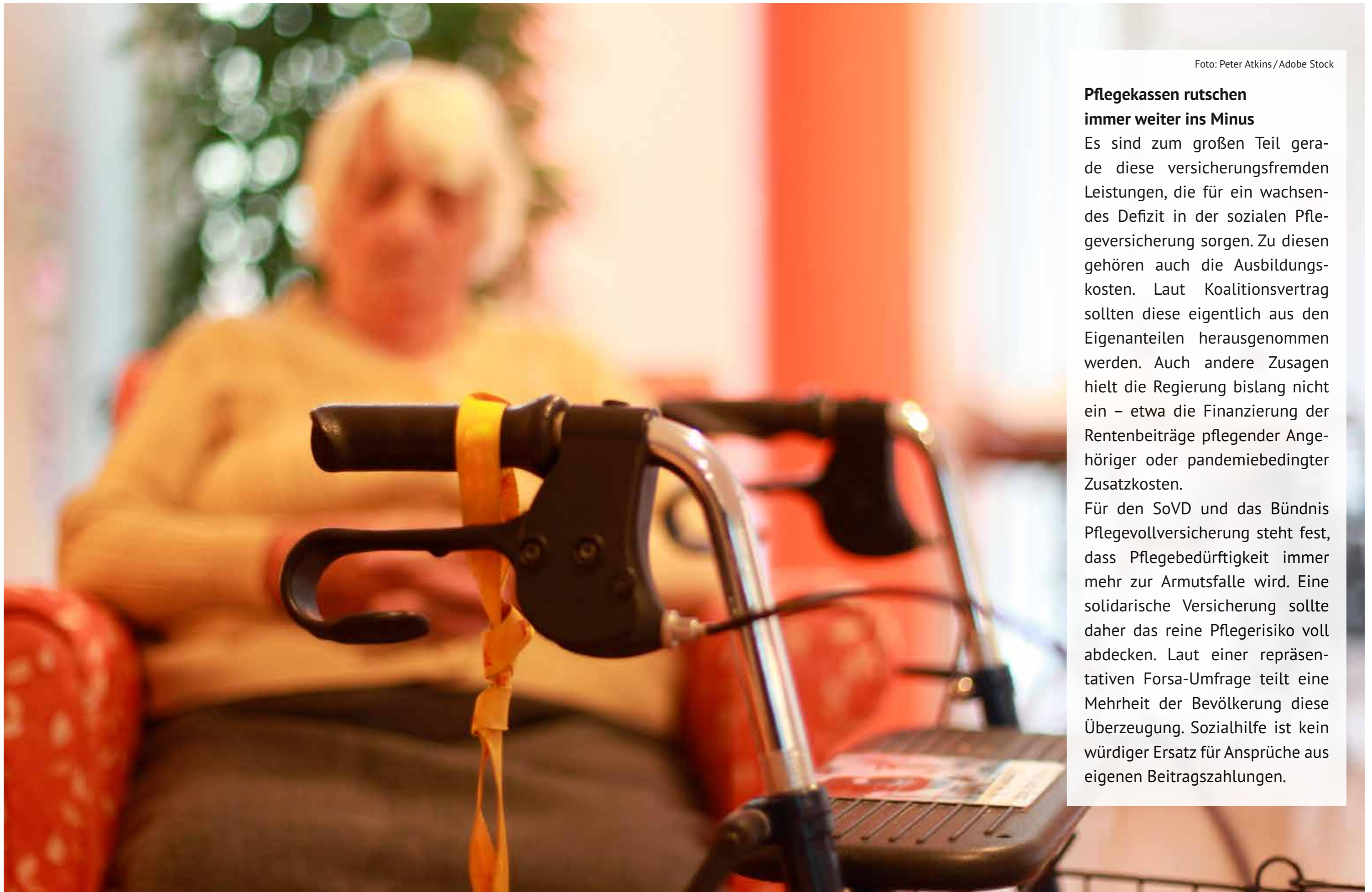


Foto: Peter Atkins / Adobe Stock

### **Pflegekassen rutschen immer weiter ins Minus**

Es sind zum großen Teil gerade diese versicherungsfremden Leistungen, die für ein wachsendes Defizit in der sozialen Pflegeversicherung sorgen. Zu diesen gehören auch die Ausbildungskosten. Laut Koalitionsvertrag sollten diese eigentlich aus den Eigenanteilen herausgenommen werden. Auch andere Zusagen hielt die Regierung bislang nicht ein – etwa die Finanzierung der Rentenbeiträge pflegender Angehöriger oder pandemiebedingter Zusatzkosten.

Für den SoVD und das Bündnis Pflegevollversicherung steht fest, dass Pflegebedürftigkeit immer mehr zur Armutsfalle wird. Eine solidarische Versicherung sollte daher das reine Pflegerisiko voll abdecken. Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage teilt eine Mehrheit der Bevölkerung diese Überzeugung. Sozialhilfe ist kein würdiger Ersatz für Ansprüche aus eigenen Beitragszahlungen.

# Jetzt SoVD-Mitglied werden



Für 2024 drohen höhere Kassenbeiträge

# Erneuter Griff in die Taschen der Versicherten

Der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) fehlen im nächsten Jahr bis zu sieben Milliarden Euro. Um diese Lücke zu schließen, soll es jedoch keine Zuschüsse des Bundes aus Steuermitteln geben. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) stellte daher schon jetzt steigende Beitragssätze in Aussicht.



Foto: Mirko / Adobe Stock

Für eine Entlastung der Beitragszahlenden gibt es im Bundestag derzeit keine Mehrheit.

Foto: bluedesign / Adobe Stock

Angesichts seiner Position bei anderen Themen überrascht es wenig, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) der gesetzlichen Krankenversicherung Steuerzuschüsse vehement verweigert. Tatsächlich hatte auch der SoVD kurzfristige Finanzspritzen kritisiert und stattdessen grundlegende Maßnahmen zur Stärkung der gesetzlichen Krankenversicherung gefordert. Diese aber blieb die Bundesregierung bisher schuldig.

Da es auf der anderen Seite keine Einschränkung von Leistungen innerhalb der GKV geben soll, brachte Minister Lauterbach schon jetzt eine Anhebung des Beitragssatzes für das Jahr 2024 ins Spiel. Andere Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, schloss er aus.

Für den SoVD ist es nicht hinnehmbar, dass erneut ausschließlich die Versicherten in Haftung genommen werden. Erst in diesem Jahr stieg der durchschnittliche Zusatzbeitrag von 1,3 auf 1,6 Prozent. Diesen zahlen Arbeitnehmende und Rentner\*innen ergänzend zum allgemeinen Beitragssatz von derzeit 14,6 Prozent.



SoVD begrüßt geplante Anpassung der Regelsätze

# Mehr Bürgergeld ab 2024

Laut Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) sollen Empfänger\*innen von Bürgergeld im kommenden Jahr spürbar höhere Leistungen erhalten. SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier bezeichnete die Entscheidung als ein gutes Signal.

Foto: benjaminolte / Adobe Stock

Gestiegene Preise machen vor allem Menschen zu schaffen, die in ihrem Alltag mit wenig Geld auskommen müssen.



Foto: benjaminolte / Adobe Stock

Ende August machte Heil seine Pläne öffentlich und nannte dabei konkrete Zahlen. So soll etwa der Satz für Alleinstehende Anfang des kommenden Jahres von 502 auf 563 Euro im Monat steigen. Angesichts der immensen Preissteigerungen in vielen Bereichen dürfte dies für Betroffene eine gute Nachricht sein. Auch beim SoVD stießen die Pläne aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) auf Zustimmung. Die Erhöhung, sagte Michaela Engelmeier, sei auch eine Entlastung für Hunderttausende, die Grundsicherung im Alter erhielten oder mit ihrer Erwerbsminderungsrente nicht über die Runden kämen. Dennoch warnte die Vorstandsvorsitzende des SoVD: „Die Politik darf die Personengruppen mit einem Einkommen knapp über dem Grundsicherungsniveau nicht aus dem Blick verlieren. Rentnerinnen und Rentner haben bisher keinen Inflationsausgleich bekommen. Und auch die vielen Menschen im Niedriglohnsektor sind trotz Vollzeitbeschäftigung finanziell am Rande. Dafür braucht es jetzt schnell einen armutsfesten Mindestlohn.“

Dritte Ausgabe des SoVD-Aktionstages am 21. August mit großer Beteiligung der Landesverbände

## Inklusion und Vielfalt beim „tag des wir“

Der SoVD lebt Gemeinschaft und setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein. Beim „tag des wir“ steht beides im Mittelpunkt. In diesem Jahr fand er zum dritten Mal statt. Mehrere Gliederungen im ganzen Land und das BBW Stendal organisierten rund um den 21. August Veranstaltungen, die Menschen zum Zusammensein und zu gemeinsamen Aktivitäten animierten.



Foto: Ronny Behnert

Mit einer inklusiven Regatta zeigten die Beteiligten in Berlin zum „tag des wir“ erneut, dass Teilhabe funktioniert.



Foto: Ronny Behmert

In Berlin fand zum dritten Mal eine inklusive Regatta statt. Vor Ort waren die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, die die Bedeutung von Sport für die Inklusion hervorhob, Ursula Engelen-Kefer, die als Vorsitzende des SoVD Berlin-Brandenburg neue Mitglieder begrüßte, sowie Bundesgeschäftsführer Michael Meder, Bundesvorstandsmitglied Armin Dötsch und SoVD-Bundesjugendvorsitzender Sebastian Freese. Thomas Härtel, Präsident vom Landessportbund Berlin, überreichte den Sportler\*innen Medaillen.





Foto: Ronny Behnert

Der Ortsverband Salzgitter-Bad im Landesverband Niedersachsen organisierte am 20. August auch eine Veranstaltung. Dort war Landesgeschäftsführer Dirk Swinke vor Ort und stellte in seinem Grußwort die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements in Ortsverbänden und deren Einsatz für eine inklusive Gesellschaft heraus. Auch Stefan Klein, 1. Bürgermeister Salzgitters und Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag (SPD), war als Gast dabei.

Im SoVD-Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland betreute der Ortsverband Homburg-Saarbrücken mit Ehrenamtler\*innen und Mitgliedern der Geschäftsstelle einen Informationsstand in St. Ingbert. Sie kamen mit vielen interessierten Bürger\*innen ins Gespräch und konnten die Arbeit des SoVD bekannter machen.

Im Landesverband Bremen veranstaltete der Kreisverband Bremen-Süd ein Grillfest für Mitglieder und Interessierte, das die Gemeinschaft im Verband betont.

Dominanz der Krankenkassen – Patientenorganisationen drohen mit Rückzug

## Affront wegen Plänen zur UPD

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) soll Patient\*innen bei gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen unvoreingenommen Rat geben. Neue Pläne gefährden aber die Unabhängigkeit und würden die UPD in die Hände der Krankenversicherungen legen.

Foto: contrastwerkstatt / Adobe Stock

Wer bei der UPD Rat sucht, hat Recht auf eine neutrale Beratung. Genau die sehen Patientenverbände nun gefährdet.

Hinter den Kulissen gibt es große Aufregung um die Neuaufstellung der UPD. Es ist geplant, sie zum Jahr 2024 in eine Stiftung zu überführen. Anders als erwartet, soll diese nicht aus Steuermitteln, sondern aus Beitragsmitteln der Krankenversicherung finanziert werden.

Der GKV-Spitzenverband, die zentrale Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen in Deutschland, erhält bei der neuen UPD offenbar starken Einfluss auf Finanz- und Haushaltsfragen. Damit würde er die Arbeit maßgeblich bestimmen können. Vorgesehen ist außerdem, dass Beratungsleistungen zur Pflege künftig nicht mehr Teil des UPD-Angebotes sind. Diese werden jedoch am zweithäufigsten nachgefragt.

**Patientenorganisationen:  
Unabhängigkeit gefährdet**

Die Änderungen wurden beschlossen, ohne die maßgeblichen Patientenorganisationen, zu denen auch der SoVD gehört, in die Gespräche einzubinden. Dabei ist eine intensive Beteiligung der

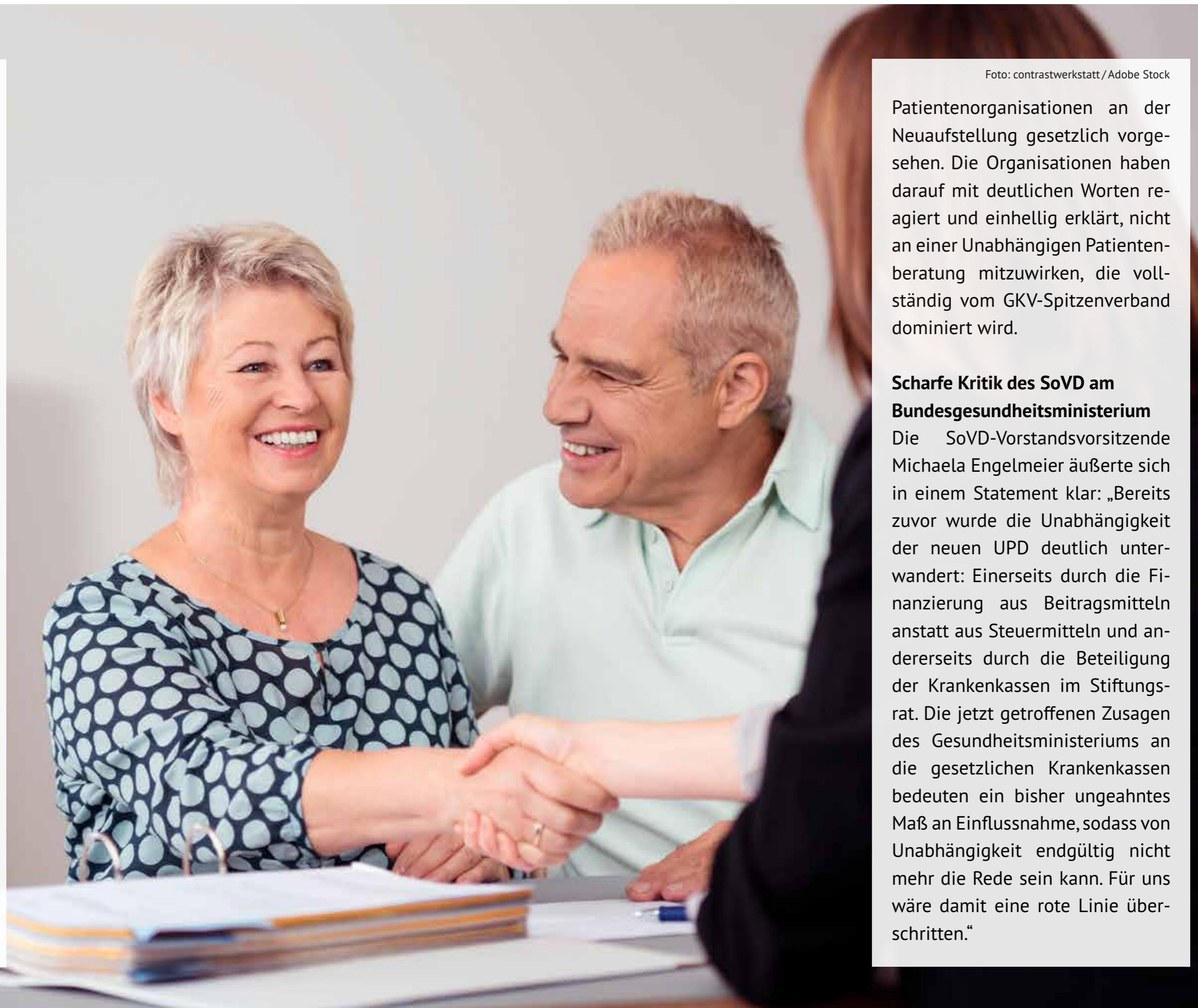


Foto: contrastwerkstatt / Adobe Stock

Patientenorganisationen an der Neuaufstellung gesetzlich vorgesehen. Die Organisationen haben darauf mit deutlichen Worten reagiert und einhellig erklärt, nicht an einer Unabhängigen Patientenberatung mitzuwirken, die vollständig vom GKV-Spitzenverband dominiert wird.

**Scharfe Kritik des SoVD am  
Bundesgesundheitsministerium**

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier äußerte sich in einem Statement klar: „Bereits zuvor wurde die Unabhängigkeit der neuen UPD deutlich unterwandert: Einerseits durch die Finanzierung aus Beitragsmitteln anstatt aus Steuermitteln und andererseits durch die Beteiligung der Krankenkassen im Stiftungsrat. Die jetzt getroffenen Zusagen des Gesundheitsministeriums an die gesetzlichen Krankenkassen bedeuten ein bisher ungeahntes Maß an Einflussnahme, sodass von Unabhängigkeit endgültig nicht mehr die Rede sein kann. Für uns wäre damit eine rote Linie überschritten.“

## Aktuelle Urteile

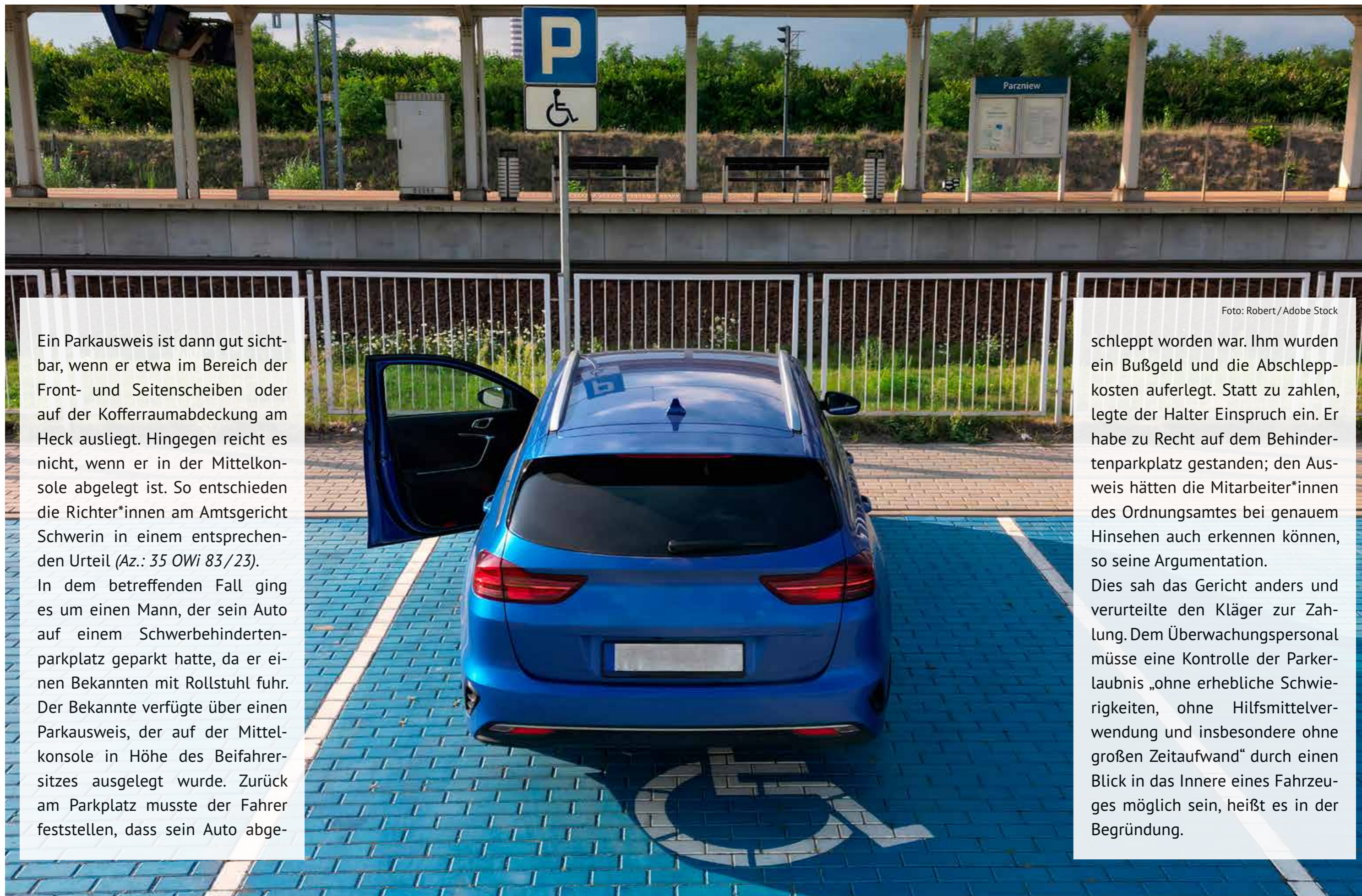
# Parkausweis auf Konsole nicht gut sichtbar?



Parkausweise müssen gut sichtbar im Auto ausliegen. Das gilt auch für solche von Anwohner\*innen und Menschen mit Behinderungen. Aber was gilt als gut sichtbar? Darüber kann man sich offenbar streiten, wie ein aktuelles Urteil zeigt.

Foto: Björn Wylezich / Adobe Stock

Eigentlich sollte ein Dokument hinter der Windschutzscheibe nicht zu übersehen sein.



Ein Parkausweis ist dann gut sichtbar, wenn er etwa im Bereich der Front- und Seitenscheiben oder auf der Kofferraumabdeckung am Heck ausliegt. Hingegen reicht es nicht, wenn er in der Mittelkonsole abgelegt ist. So entschieden die Richter\*innen am Amtsgericht Schwerin in einem entsprechenden Urteil (Az.: 35 OWi 83/23).

In dem betreffenden Fall ging es um einen Mann, der sein Auto auf einem Schwerbehindertenparkplatz geparkt hatte, da er einen Bekannten mit Rollstuhl fuhr. Der Bekannte verfügte über einen Parkausweis, der auf der Mittelkonsole in Höhe des Beifahrersitzes ausgelegt wurde. Zurück am Parkplatz musste der Fahrer feststellen, dass sein Auto abge-

Foto: Robert / Adobe Stock

schleppt worden war. Ihm wurden ein Bußgeld und die Abschleppkosten auferlegt. Statt zu zahlen, legte der Halter Einspruch ein. Er habe zu Recht auf dem Behindertenparkplatz gestanden; den Ausweis hätten die Mitarbeiter\*innen des Ordnungsamtes bei genauem Hinsehen auch erkennen können, so seine Argumentation.

Dies sah das Gericht anders und verurteilte den Kläger zur Zahlung. Dem Überwachungspersonal müsse eine Kontrolle der Parkerausweis „ohne erhebliche Schwierigkeiten, ohne Hilfsmittelverwendung und insbesondere ohne großen Zeitaufwand“ durch einen Blick in das Innere eines Fahrzeuges möglich sein, heißt es in der Begründung.

Stiftung zahlt besonderem Personenkreis Zuschläge bei niedriger Rente


## Härtefallanträge: Frist läuft ab

Menschen, die lange in der DDR oder der Sowjetunion gelebt und gearbeitet haben, erhalten oft nur eine niedrige gesetzliche Rente. Um dies anzuerkennen, gibt es die Stiftung Härtefallfonds, die an Betroffene einmalig 2.500 Euro auszahlt. Anträge müssen noch im September gestellt werden.



Foto: Synthex / Adobe Stock

Bei gebrochenen Erwerbsbiografien fällt die Rente oft niedrig aus. Die Stiftung Härtefallfonds zahlt Betroffenen einen Zuschlag.



Seit Ende Juni 2023 nimmt die Stiftung Härtefallfonds Auszahlungen vor. Sie richtet sich an Personen, die in ihrer Erwerbsbiografie überwiegend in der DDR oder im ausländischen Herkunftsgebiet gearbeitet haben und sich aufgrund der daraus resultierenden Auswirkungen auf ihre gesetzliche Rente benachteiligt fühlen.

Foto: Synthex / Adobe Stock

Dazu zählen frühere Beschäftigte in der DDR, etwa im Bergbau oder bei der Reichsbahn, Spätaussiedler\*innen und jüdische Kontingentflüchtlinge beziehungsweise jüdische Zuwanderer\*innen und deren Angehörige aus der ehemaligen Sowjetunion. Eine genaue Auflistung, aufgeschlüsselt nach Personengruppen, sowie Antragsformulare und weitere Informationen bietet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter [www.bmas.de/DE/Soziales/Haertefallfonds/haertefallfonds.html](http://www.bmas.de/DE/Soziales/Haertefallfonds/haertefallfonds.html) an.

Die Betroffenen erhalten unter bestimmten Voraussetzungen zur Abmilderung eine pauschale Einmalzahlung von 2.500 Euro, wenn sie eine monatliche gesetzliche Rente von weniger als 830 Euro netto beziehen und weitere Voraussetzungen erfüllen. Die Frist zur Beantragung endet jedoch bald. Um die Einmalzahlung zu bekommen, muss der Antrag per Post oder E-Mail bis zum 30. September 2023 bei der Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds eingehen.

Voll engagiert

# Fußball kennt keine Grenzen



Viele Menschen in Deutschland spielen gerne Fußball. Doch für Kinder und Jugendliche, die eine geistige Behinderung haben, ist das gar nicht so leicht. Denn in den „normalen“ Fußballvereinen stoßen sie leider oft auf Ablehnung. Bei dem Projekt „Team Bananenflanke“ ist das anders. In vielen Städten gibt es Vereine mit diesem Namen, bei denen wirklich alle miteinander trainieren können. Das nennt man Inklusion. Welche Rolle dabei eine Banane spielt, das erklären wir dir jetzt.

Fotos: Team Bananenflanke e. V.

Das Team Bananenflanke zeigt, dass eine Behinderung niemandem den Spaß am Fußball verderben muss.





Foto: Synthex / Adobe Stock

Wenn sich deine Eltern oder Großeltern für Fußball interessieren, dann kennen sie vielleicht noch den Spieler Manfred „Manni“ Kaltz. Er wurde 1980 mit der deutschen Nationalmannschaft Europameister. Bekannt war er vor allem dafür, dass er den Ball in einem Bogen in den Strafraum der gegnerischen Mannschaft schießen konnte. Eine solche krumme Flanke nannte man

damals scherzhaft „Bananenflanke“. Weil auch im Alltag von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung nicht immer alles „gerade“ läuft, wählte das Team Bananenflanke die gebogene Frucht zu ihrem Maskottchen. Unter dem Motto „Fußball kennt keine Grenzen“ wollen die Bananenkicker zeigen, dass Sport für alle da ist. Neben dem Spaß am Spiel erfahren die jungen Fußballer\*innen dabei

auch viel Anerkennung für ihren Einsatz. Im Team feiern sie gemeinsam Erfolge, erleben aber natürlich auch Niederlagen.

Spiele und Turniere trägt das Team Bananenflanke am liebsten an öffentlichen Plätzen aus. Auf diese Weise werden die Spieler\*innen gesehen. Und diese wiederum setzen ein wichtiges Zeichen für Inklusion im Fußball.

Fotos: Team Bananenflanke e. V.

Wie enorm erfolgreich sie damit sind, zeigte zuletzt der „Legendentag“. Zu dieser Veranstaltung trafen Bananenflanken-Teams aus München und Regensburg auf ehemalige Profis aus der Bundesliga, darunter Lothar Matthäus und Claudio Pizarro. Und die waren vor allem von der Spielfreude und der Leidenschaft der Kinder beeindruckt.

## Mit spitzer Feder

UNSERE KLASSENLEHRERIN  
MEINT, IN DIESEM SCHULJAHR  
DARF KEINER SITZENBLEIBEN.



## Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es ausschließlich online unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de) sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: [redaktion@sovde.de](mailto:redaktion@sovde.de), Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.